

Antrag

**der Abgeordneten Petra Bläss, Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt), Dr. Gregor Gysi
und der Gruppe der PDS/Linke Liste**

Verstärkte Einflußnahme auf die Weiterbildung in den neuen Bundesländern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Weiterbildung und Umschulung sind ein wichtiger Faktor für den wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Ländern.

Eine weitere Erhöhung ihrer gesellschaftlichen Wirksamkeit erfordert, daß Umschulungen und Weiterbildungsmaßnahmen in den neuen Bundesländern auf die konkreten Erfordernisse für die Veränderung der Qualifikationsstruktur der Bürgerinnen und Bürger unter den neuen marktwirtschaftlichen und europäischen Bedingungen ausgerichtet werden. Vorhandene Qualifikationen und langjährige Berufserfahrung sollten ausreichend berücksichtigt werden.

Allgemeine Kurse in Betriebswirtschaftslehre, Finanzbuchhaltung oder Marketing, die von Weiterbildnern fast ausschließlich aus dem Westen angeboten werden, beseitigen die wichtigen fachlichen Qualifikationsdefizite der Beschäftigten aus der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik ebenso wenig wie Probleme mit Motivation und Leistungsbereitschaft, der sozialen Kompetenz und Fähigkeit zu Problemlösungen.

Die Anwendung des traditionellen Repertoires aus den alten Bundesländern ist inkompatibel, berücksichtigt nicht ausreichend die Ausgangsqualifikation und die besonderen Umstände im Gebiet der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Insbesondere den beruflichen Herkunftsbedingungen von Frauen, die gekennzeichnet sind durch mindestens eine abgeschlossene Berufsausbildung, differenzierte berufliche Erfahrungen und vielfältige betriebliche Weiterbildung, wird nicht Rechnung getragen. Entsprechend gehen Angebot und Umfang der für Frauen vorgesehenen Umschulungen, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten am tatsächlichen Bedarf für einen wirtschaftlichen Aufschwung vorbei.

Nicht ausreichend ist der Umfang der für Frauen angebotenen und konkret durch sie wahrnehmbaren Umschulungen und Weiterbildungsmöglichkeiten.

In nicht wenigen Fällen erfolgt die Weiterbildung darüber hinaus

- ziellos und praxisfern;
- ohne daß ein äquivalenter Umfang an Arbeitsplätzen vorhanden ist bzw. jemals in Aussicht gestellt werden kann;
- als Nachqualifizierung statt als Zusatzqualifikation.

Der massenhafte Bedarf nach Weiterbildung und das Angebot öffentlich finanzieller Hilfe wird durch einige Einrichtungen mißbraucht. Bundesmittel fließen ohne entsprechenden gesellschaftlichen Gegenwert in Kassen von unseriösen Weiterbildungsgesellschaften. Vielfach fehlt den Weiterbildnern die erforderliche Qualifikation zur Erwachsenenbildung in fachlicher und pädagogisch-didaktischer Hinsicht.

II. Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert,

Umschulung und Weiterbildung umfassend zu fördern und diesen Prozeß konzeptionell zu strukturieren und begleitend zu kontrollieren. Insbesondere ist es erforderlich,

- durch die Bundesregierung den Einsatz der Fördermittel zu analysieren,
 - welches Fachwissen bei Weiterbildungsbedürftigen vorhanden ist;
 - was an Fachwissen von Beschäftigten an tatsächlich entstehenden und umzugestaltenden Arbeitsplätzen erforderlich ist, wie dies bereits für die Frauen in den neuen Bundesländern durch die empirische Studie des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft 11/91 geleistet ist;
- eine qualifizierte individuelle Beratung staatlich zu unterstützen und entsprechenden Verbraucherschutz staatlich zu fördern;
- beim Einsatz von Haushaltsmitteln eine Kontrolle der Weiterbildungsgesellschaften, Kurse und der Qualifikation der Lehrenden zu gewährleisten;
- über den Einsatz der Mittel stärker auf eine Verbindung der Kurse zur Umschulung und Weiterbildung mit praktischer Tätigkeit auf den entsprechenden Gebieten zu orientieren.

Den Bürgerinnen und Bürgern aus den neuen Bundesländern sollte seitens der Bundesregierung eine klare Orientierung vermittelt werden, wofür es sich lohnt umzuschulen, wo eine Aussicht besteht, einen Arbeitsplatz zu bekommen. Örtliche Verwaltungen sollten mit Unterstützung der Bundesregierung in die Lage versetzt werden, eine Vorstellung von der konkreten Entwicklung in der jeweiligen Region den Anwärtern für Umschulung und Weiterbildung zu vermitteln.

Bonn, den 10. Dezember 1991

Petra Bläss

Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt)

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Umschulung und Weiterbildung sind ein wichtiger Faktor beim wirtschaftlichen Aufschwung in den neuen Ländern.

Ihre Wirksamkeit könnte erhöht werden, wenn eine Reihe von Schlußfolgerungen berücksichtigt werden würden.

Insbesondere bleibt bisher ungenügend berücksichtigt, daß die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den neuen Ländern im Durchschnitt über ein hohes Fachpotential verfügen.

In der Bundesrepublik Deutschland hat das duale Weiterbildungssystem – geprägt durch die Verbindung von Schule und Praxis und den Zusammenhang von Ausbildung und Verwertung – seine Effizienz bewiesen. In den neuen Ländern dominiert die Weiterbildung auf der Schulbank.

Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Umschulungen und Weiterbildungskursen ist überwiegend nicht klar, wozu sie umschulen, in welchen Branchen in ihrer Region oder in einer anderen Aussicht auf eine neue Beschäftigung besteht.

